

Redemanuskript zum Impulsvortrag anlässlich des Fachgesprächs „Grüne Innen- und Sicherheitspolitik“ am 06.06.2019 im Haus der Abgeordneten in Stuttgart.

Vortragender: Armin Bohnert, 2. Vorsitzender PolizeiGrün e.V.

- Es gilt das gesprochene Wort -

Wie Katharina Schulze und auch Uli Sckerl schon ausgeführt haben, wurde bislang in Sachen Sicherheitspolitik seitens der CDU-geführten Innenministerien vor allen Dingen an folgenden Stellschrauben gedreht:

1. Gesetzgebung

Während sich die Bundes- und Landesgesetzgeber im Wettstreit um ein besonders weitreichendes Polizeigesetz gegenseitig zu übertreffen suchen, kassiert das Bundesverfassungsgericht bestimmte Befugnisse zur präventiven Personenkontrolle und zeigt dabei deutlich die Grenzen zwischen Gefahrenabwehr und Strafverfolgung auf. Damit ist klar, dass das Drehen an der Schraube der Polizeigesetze endlich ist und wir bereits jetzt damit rechnen müssen, dass das Verfassungsgericht und die Verwaltungsgerichtsbarkeit die polizeilichen Befugnisse in Grenzen halten werden.

2. Personalaufstockung

Aus Sicht der Polizei sicher die sinnvollste Maßnahmen, aber jedem muss klar sein, dass

- Immer mehr Polizei nicht automatisch immer mehr Sicherheit bedeutet
- und
- Eine Erhöhung des Personalkörpers der Polizei in jedem Fall endlich, weil nur bedingt bezahlbar ist

3. Organisationsveränderung

Lieblingskind vieler Sicherheitspolitiker: Die Organisation wird umgebaut. Dass die Organisationsform in Bezug auf die Leistungsfähigkeit einer Organisation dabei nur eine vergleichsweise geringe Rolle spielt, interessiert dabei kaum jemanden. Es wird munter neu organisiert. Auf Kosten der Beschäftigten und der Funktionsfähigkeit der Polizeibehörden.

4. Big Data

Der Traum von der Vorhersehbarkeit von Verbrechen ist seit Horst Herolds Erfindung des computergestützten Lagebilds nicht ausgeträumt. Ob „verhaltensmusterbasierte Videoüberwachung“ , „Algorithmus basierte Vorhersage von Einbrüchen“ oder Gesichtserkennungsverfahren. Man setzt gerne auf „Big Data“ und lässt dabei außer Acht, dass dabei massenhaft Daten gesammelt und ausgewertet werden, der Mehrwert aber oft nicht greifbar oder die Fehlerquote zu hoch ist.

Was sind die Alternativen in Bezug auf eine Sicherheits- und Innenpolitik in Baden-Württemberg?

Wir müssen die Polizeiarbeit an sich, die grundsätzlichen Abläufe und Vorgänge hinterfragen und auf ihre Wirksamkeit und die Wirkung auf die Sicherheit der Bürger*Innen in diesem Land überprüfen.

Eine weitergehende Beeinflussung der tatsächlichen Ausrichtung der Organisation Polizei und ihrer Arbeit ist aus meiner Sicht auch nur dann möglich, wenn auch die Verantwortung für das Innenressort übernommen wird. Wer Sicherheits- und Polizeiarbeit gestalten möchte, der muss Verantwortung für diesen Bereich übernehmen.

1. Bessere Abstimmung von Polizei und Justiz

Die zentrale Schnittstelle Polizei und Justiz ist noch immer eine der größten Probleme unserer Strafverfolgung. Eine Polizei mit Tausenden von Ermittlern trifft auf eine vergleichsweise kleine Strafverfolgungsbehörde mit einer ganz anderen Arbeitsweise. Die Zusammenarbeit, so wird es immer betont, ist gut,

aber im Alltag zeigt sich immer wieder, dass hier zwei Organisationen mit unterschiedlichen Abläufen und Kapazitäten aufeinander treffen. Was nützen die Berge von Anzeigen der Polizei, wenn die Staatsanwaltschaft diese nicht in Anklagen umsetzen kann? Warum werden völlig unnütze Strafanzeigen wegen BtM-Besitzes / Konsums im Kleinstmengenbereich, Anzeigen wegen illegalen Aufenthalts usw. geschrieben, die alle samt eingestellt werden und nur die Kapazitäten der Polizei und der Staatsanwaltschaft blockieren? Die Diskussion um die Strafbarkeit des sogenannten „Schwarzfahren“ steht dabei auf einem anderen Blatt.

Auch die Problematik der örtlichen Zuständigkeiten insbesondere bei reisenden und internationalen Tätern ist ein dauerndes Thema zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft. Dass die Polizei eine Tatserie in einem Bundesland oder gar bundesweit feststellt, führt nicht automatisch zu einer Zusammenführung der Fälle bei einer Staatsanwaltschaft.

2. Internationale Polizeiarbeit

Ein Teil der schweren Kriminalität in Deutschland ist mittlerweile nur durch internationale Zusammenarbeit zu bekämpfen. Dazu bedarf es Ermittler mit sprachlichen Fähigkeiten, Kenntnis internationaler Zusammenarbeit und natürlich Regeln und Organisationen auf europäischer Ebene. Bis eine grenzüberschreitende Ermittlungseinheit ein sogenanntes „Joint Investigation Team“ aufgebaut und arbeitsfähig ist, vergehen noch immer zu lange Zeiträume. Unsere Reaktionszeiten müssen hier kürzer werden.

Hier bedarf es der Verbesserung der rechtlichen Situation. Die Vereinbarungen mit Frankreich sind, nach erheblichen Fortschritten vor vielen Jahren, einfach stehen geblieben. Noch immer ist es für Täter ein Vorteil grenzüberschreitend tätig zu sein. Dies kann man an der Einbruchslage entlang der Grenze beobachten.

3. Digitalisierung/Nutzung von EDV

Wenn Polizei effizient und schnell arbeiten soll, dann braucht sie eine gute und moderne DV-Infrastruktur. Hier haben wir noch deutlichen Nachholbedarf auch im nationalen und internationalen Vergleich. Wir brauchen die digitale

Erfassung und Überprüfung von Ausweispapieren, die Verfügbarkeit der polizeilichen Datensysteme auch auf der Straße am Einsatzort und eine schnelle Anbindung der Polizeidienststellen, die teilweise derzeit noch mit Bandbreiten von 2,5 und 5 Mbit an das Landesverwaltungsnetz angebunden sind. Dabei darf ich einen ehemaligen Polizeipräsidenten zitieren, der einmal sagte: Bevor der letzte Schwarzwaldhof an das Glasfasernetz angebunden wird, vergessen wir bitte nicht die Polizeireviere und –posten im Land.

In diesen Bereich gehört im Übrigen auch der Bereich der Spracherkennungssoftware. Obwohl die Technik mittlerweile vorhanden ist und auch funktioniert, befinden wir uns hier noch immer im Versuchsstadium und die meisten Polizisten schreiben noch immer selbst am PC.

4. Personalwechsel als Chance

Die Polizei BW stellt derzeit annähernd 1800 neue Polizeibeamte jährlich ein. Wir wechseln einen großen Teil unseres Personals dabei aus. Wir haben damit eine Chance auf Verjüngung unserer Polizei aber auch dafür, dass wir jungen Kolleginnen und Kollegen mit anderen Kompetenzen und Einstellungen für die Polizei einstellen. Wir können damit auch mehr Menschen mit Migrationshintergrund gewinnen und die Polizei für mehr Gesellschaftsschichten öffnen. Polizeiarbeit ist vor allen Dingen Arbeit von Menschen mit Menschen. Deshalb müssen wir sehr darauf achten, dass dieses Potenzial auch richtig genutzt wird.

Es geht eine „Generation Demo“ der Polizei, deren Misstrauen in die Grünen sicher größer ist als das Misstrauen mancher Grünen in die Polizei. Wir haben die Chance auf einen Neuanfang.

Wir brauchen aber auch mehr Fachwissen von außen. Bisher hat die Polizei immer Polizisten zu EDV-Spezialisten und Wirtschaftsprüfern oder zu sonstigen Technikern gemacht. Die Wege, hier Fremdkenntnisse einzustellen, sollten weiter und konsequent begangen werden. Polizisten verrichten Polizeidienst, sie ermitteln, planen Einsätze oder vermitteln dieses Wissen in der Fortbildung. Sie aber mit langen Lehrgangsphasen zu berufsfremden Fähigkeiten zu bringen, ist nicht effizient.

Gleiches gilt auch für den Führungsbereich. Während die Polizeien anderer Bundesländer durchaus den Quereinstieg von Juristen, Betriebswirtschaftlern

oder Psychologen kennen, wird der Führungsnachwuchs der Polizei nur aus dem eigenen Bereich gespeist. Das mag aus Sicht der Polizei richtig sein, es ist aber im Sinne der Bereicherung einer Organisation sicher nicht zielführend.

5. Transparenz/Wissenschaftliche Erkenntnisse

Wir müssen die Polizei nicht nur insgesamt transparenter gestalten, sondern sie insbesondere für wissenschaftliche Erkenntnisse öffnen. Was wirkt, welche polizeilichen Tätigkeiten haben Einfluss auf die Sicherheit? Auf was können wir verzichten? Wissenschaftliche Untersuchung heißt nicht Verzicht auf polizeiliches Erfahrungswissen, sondern die wissenschaftliche Absicherung solcher „Best Practice Methoden“.

6. Prävention/Vernetzung/Bürgernahe Polizeiarbeit

Die präventive Arbeit der Polizei muss auch außerhalb der Stabsstellen Prävention, also der Vortrags- und Informationstätigkeit, gestärkt werden. Bürgernahe Polizeiarbeit, ohne Ermittlungsdruck und sonstige Aufträge im Quartier kann zur Vernetzung der Polizei mit den gesellschaftlichen Institutionen der Brennpunktquartiere beitragen. Diese Aufgabe können die Bezirksdienste und die Polizeiposten derzeit nicht in dem gewünschten Umfang wahrnehmen. Anlasslose Streifengänge, ansprechbar sein und bei dieser Gelegenheit präventiv zu arbeiten wäre ein wichtiger Beitrag zur Vertrauensbildung in die Polizei, die (zumindest in der großen Städten) zunehmend als Interventionspolizei wahrgenommen wird.